

Die städtischen Beamten und Lehrer beim Bürgermeister.

Vor einigen Tagen empfing Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Abordnung der städtischen Beamten- und Lehrerschaft, bestehend aus dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Vereines der Beamten der Stadt Wien, Oberrechnungsrat Viktor v. Pankis und Magistratssekretär Gschladt, sowie Gemeinderat Gassenbauer, welche die Wünsche der städtischen Angestellten und Lehrer nach weiteren Maßnahmen zur Bänderung der derzeitigen drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Standes vorbrachten. Unter Berufung auf die nach der letzten Generalversammlung überreichten Eingaben und die von den Staatsangestellten erhobenen Forderungen, deren nahe Erfüllung von der Regierung bereits in Aussicht genommen sei, hoben die genannten Vertreter vorerst den Standpunkt hervor, daß die städtischen Angestellten zwar einerseits die durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Gemeindehaushaltes gezogenen Schranken wohl im Auge haben, andererseits aber bereits an der äußersten Grenze ihrer wirtschaftlichen und geistigen wie körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt sind. Von diesen Erwägungen geleitet, habe die Beamten- und Lehrerschaft ihre Forderungen auf folgende Wünsche beschränkt: 1. Entsprechende Erhöhung der Teuerungszulage; 2. sofortige Inkraftsetzung der Doppelrechnung der Kriegsjahre; 3. Einrechnung der Teuerungszulage in die Pension; 4. Beschaffung von Bekleidungsgegenständen durch die Gemeinde; 5. teilweise Abgabe von Lebensmitteln an Lohnes Statt; 6. Anwendung von Teuerungszulagen an die Familien der zum Militärdienst eingerückten Angestellten und Lehrer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der die Abordnung in der liebendwürdigsten Weise empfing, erklärte sich grundsätzlich bereit, diese Wünsche einer wohlwollenden Prüfung und raschen Erledigung zuzuführen, verwies jedoch auf die budgetäre Lage der Gemeinde und ihre besonders bei der Beschaffung von Bekleidungsgegenständen und Lebensmitteln durch die staatlichen Verordnungen eingeschränkten Machtbefugnisse, welche der Erfüllung mancher dieser Forderungen auch bei dem vorhandenen guten Willen unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Auf die einzelnen Punkte eingehend, verwies der Bürgermeister gegenüber der ersten Forderung auf die Anschaffungsbeiträge, welche nunmehr viermal jährlich zur Auszahlung gelangen sollen, nach Wunsch der Beamtenerschaft aber auch in Monatsraten flüssig gemacht werden können. Er stellte weiter eine Doppelrechnung der Kriegsjahre wenigstens bei Pensionierungen in Aussicht und erklärte die Einrechnung der Teuerungszulage in die Pension bis zu einem erst festzustehenden Prozentsatz für erwägenswert und grundsätzlich annehmbar. Die bringende Notwendigkeit der Beschaffung von Bekleidungsgegenständen sowie der teilweisen Naturalentlohnung würde außer allem Zweifel, und wird die Gemeinde neuerdings alles aufbieten, um im Einvernehmen mit den staatlichen Stellen diesem begreiflichen und gerechten Wunsch die Verwirklichung zu ermöglichen. Hinsichtlich der eingerückten verwies Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf die ungleichmäßige Behandlung der Gemeinde- und Landesbediensteten gegenüber den Staatsangestellten durch die Streichung des Subsistenzbeitrages an Reserveoffiziere seitens der Militärverwaltung, wogegen er schon wiederholt Schritte unternommen habe, ohne den gewünschten Erfolg erzielen. Er werde angesichts der gewiß begründeten wirtschaftlichen Notlage dieses Teiles der städtischen Angestellten und Lehrerschaft den vorgebrachten Wunsch neuerdings einer eingehenden wohlwollenden Prüfung unterziehen lassen. Unter Betonung des Standpunktes, im beiderseitigen Interesse mit den Vertrauensmännern der Beamten und Lehrerschaft auch weiterhin in Fühlung bleiben zu wollen, erließ der Bürgermeister die Abordnung.

Die Magistratsdirektion wurde beauftragt, eine Vorlage über die der Besprechung zugrunde liegenden Punkte ehestens dem Stadt- und Gemeinderat vorzulegen.